

Ohne Verfallsdatum: Missbrauch und Vertuschung

Der Missbrauchsskandal hat die katholische Kirche auch im Bistum Trier in ihren Grundfesten erschüttert. Der Trierische Volksfreund hat immer wieder vor allem die Opfer zu Wort kommen lassen – und die Täter benannt.

Kaum zu glauben, aber der Missbrauchsskandal in der katholischen Kirche in Deutschland beschäftigt die Öffentlichkeit nun schon seit über 16 Jahren. Ende Januar 2010 wurden die Missbrauchsfälle am Berliner Canisius-Kolleg bekannt, und im Anschluss jagte eine Enthüllung über ähnlich gelagerte Vorfälle andernorts die nächste. Es dauerte nicht lange, bis auch im Bistum Trier erste, teils lange zurückliegende Vergewaltigungen durch katholische Priester bekannt wurden und ehemalige Opfer die Staatsanwaltschaft informierten. Das Ausmaß, das der Skandal annehmen sollte, war da noch nicht absehbar.

Auch ich ging damals von Einzelfällen aus, glaubte den Aussagen von Bischof und weiteren Kir-

chenverantwortlichen, dass man schonungslos aufklären und nichts verharmlosen oder vertuschen werde. Irgendwann in diesen ersten Monaten kam ein Kollege aus einer anderen Abteilung zu mir ins Büro und berichtete teils unter Tränen davon, wie er als Messdiener von einem Priester immer wieder missbraucht worden war. Ich sei der Erste, dem er nach seiner Ehefrau davon berichte, so der Kollege. Jahrzehnte nach den Verbrechen.

Warum haben sich viele Opfer erst nach langer Zeit gemeldet? In diesem Moment war Missbrauch für mich nicht mehr „Thema“, nicht mehr Nachricht, nicht mehr Debatte. Er war plötzlich Realität – im Nebenraum, im eigenen Haus, im eigenen Umfeld. Ich begann zu begreifen, welche zerstörerischen psychischen und physischen Folgen schwere sexuelle Übergriffe für die Opfer haben können, selbst nach langer Zeit. Zugleich beantwortete sich eine Frage, die damals oft gestellt wurde, beinahe von selbst: Warum melden sich viele Opfer erst jetzt? Weil sie geschwiegen hatten – aus Angst, aus Scham, aus Selbstschutz. Weil sie verdrängt hatten, um weiterleben zu können. Und weil mit der anhaltenden öffentlichen Diskussion plötzlich alles



Das Thema Missbrauch in der katholischen Kirche bleibt auch über anderthalb Jahrzehnten nach Beginn des Skandals akut. FOTO: HEIKE LYDING/DPA

wieder hochkam. Für viele wurde das Reden darüber zu etwas, das sich wie Befreiung anfühlte – nicht, weil es leicht war, sondern weil das Schweigen nicht mehr zu ertragen war.

Der Trierische Volksfreund hat im Laufe der Jahre mit zahllosen Opfern gesprochen, ihre traumatischen Erlebnisse in Kindheit und Jugend dokumentiert – und ebenso die oft zermürbenden, nicht selten vergeblichen Versuche, beschreiben, das erlittene Leid zu verarbeiten und Täter oder Mitwisser zur Verantwortung zu ziehen.

Von Einzelfällen ist längst keine Rede mehr Eine Erfahrung, die ich als Autor vieler Artikel zu diesem Thema immer wieder gemacht habe, ist bitter und wiederkehrend: Die katholische Kirche in unserer Region räumte häufig nur das ein, was nicht mehr zu leugnen war – und kümmerte sich spürbar stärker um den Schutz der Täter und der Institution als um die vielen Opfer. Von Einzelfällen spricht längst niemand mehr. Nach Erkenntnissen von Wissenschaftlern der Uni Trier gab es im Bistum Trier in einem Zeitraum von 75 Jahren mindestens 250 (beschuldigte) Täter und weit über 700 Opfer. In den drei Jahrzehnten ab 1960 war jeder neunte,

der in Deutschlands ältestem Bistum neu zum Priester geweiht wurde, ein Täter. Und beim Vertuschen der Verbrechen, beim Wegsehen, beim Verstecken von Tätern haben auch Bischöfe und Weihbischöfe kräftig geholfen.

Und doch: Der Nebel hat sich im Bistum Trier in den zurückliegenden anderthalb Jahrzehnten Stück für Stück gelichtet. Das liegt vor allem an der Opferorganisation Missbit, die bei Aufdeckung und Aufarbeitung der Missbrauchsfälle den Grundstein gelegt hat – und die nicht lockerlässt.

Genau das ist auch unser Anspruch als regionales Medium. Wir geben den Opfern eine Stimme, sorgen dafür, dass sie und ihre Anliegen gehört und ernst genommen werden. Und selbstverständlich berichten wir auch darüber, was die katholische Kirche unternimmt, um aufzuklären – und ob sie tatsächlich die richtigen Lehren aus diesem Missbrauchsskandal zieht.



ROLF SEYDEWITZ

Sie lachte – obwohl sie fast gestorben wäre

Es sind Geschichten, die im normalen Nachrichten-Alltag untergehen. Geschichten, bei denen Menschen und ihr Schicksal im Mittelpunkt stehen. Menschen, zu denen ich während eines oft viel zu kurzen Treffens, versuche, eine persönliche Verbindung aufzubauen, mich in sie hineinzuversetzen. Es sind oft Schicksale, die mich berühren, lange über das Gespräch und das Schreiben des Artikels hinaus. Nicht umsonst sprechen wir in der Redaktion von Berühr-mich-Geschichten. Das sind Themen, die ich auch mit „nach Hause“ nehme, über die ich abends noch am Küchentisch rede. Weil es eben mehr ist als journalistische Routine, wie etwa über den A1-Lückenschluss zu schreiben, über hohe Spritpreise oder ärgerliche Grenzkontrollen zu schreiben.

Eine solche Geschichte, die mich noch lange beschäftigt hat, ist die einer 36-jährigen Mutter von der Mosel. Ich habe sie kurz vor Weihnachten im vergangenen Jahr im Trierer Bräuerkrankenhaus getroffen. Zusammen mit ihrem Mann und ihrem kleinen Sohn. Dort traf sie zum ersten Mal nach ihrem Klinikaufenthalt im September den Arzt, der ihr mit einem komplexen Eingriff das Leben gerettet hatte.

Man kann sich auf manche Geschichten nicht vorbereiten Auf solche Termine kann man sich schlecht vorbereiten. Ich kenne die Personen, über die ich solche Geschichten schreiben will, zumeist nicht vorher. Daher weiß ich nicht, was mich erwartet. Wie ist die Person drauf? Wie hat sie ihr Schicksal verarbeitet? Was hat sie überhaupt erlebt? Ich versuche daher, möglichst unbefangenen in solche Gespräche zu gehen. Mir ist wichtig, schnell eine persönliche Beziehung aufzubauen, zunächst ein wenig Small-Talk, vielleicht auch ein bisschen was von mir erzählen – um die Situation zu entspannen. Die meisten Menschen, die ich porträtiere, sind keine Medienprofis. Sie reagieren zurückhaltend, wenn sie dem „Mann von der Zeitung“ gegenüber sitzen, der vielleicht unangenehme Fragen stellt, Persönliches wissen will. Daher habe ich auch für solche Geschichten keinen vorgefertigten Fragenkatalog.

Bei der 36-Jährigen hat die Chemie von Anfang gestimmt. Ich traf auf eine lebenslustige Frau. Obwohl sie Mitte des Jahres gar nicht wissen konnte, ob

sie überhaupt wieder Weihnachten feiern kann. Sie hatte zunächst einen Schlaganfall und danach eine schwere Herz-OP im Bräuerkrankenhaus überstanden. Und darüber sprach sie in einer Unbeschwertheit, so als würde sie über ihren letzten Urlaub reden. Wir haben bei dem über einstündigen Gespräch viel gelacht. Doch es gab auch ernste Momente. Als sie etwa über ihren Schlaganfall sprach. Sie sei aufgewacht, habe nicht mehr schlucken können, habe Panik bekommen: „Ich hatte Todesangst“, sagte sie.

Momente, die mich persönlich betreffen machen Das sind Momente, die mich persönlich betroffen machen, in denen ich mich im Gespräch bewusst zurücknehme, um die Person reden zu lassen. Der Schlaganfall war nicht der einzige Schicksalsschlag, den die 36-Jährige im vergangenen Jahr hatte. Im Krankenhaus wurde festgestellt, dass sie ein paar Monate zuvor einen Herzinfarkt hatte, dessen Symptome sie aber nicht ernst genommen hatte. Die Ärzte raten ihr schnellstmöglich zu einer Bypass-OP. In der Regel wird dabei unter Narkose der Brustkorb geöffnet, das Herz mit einer Herz-Lungen-Maschine verbunden. Der Eingriff dauert mehrere Stunden. Die junge Mutter hatte verständlicherweise Angst vor einer solchen OP, da sie für sie als Schlaganfall-Patientin ein großes Risiko dargestellt hätte.

Daher entscheidet sie sich dafür, ins Bräuerkrankenhaus zu gehen. Sie geht zu Professor Dr. med. Assad Haneya. Der Herzchirurg hat in der Klinik ein Spezialverfahren etabliert. Die meisten OPs werden minimalinvasiv durchgeführt. Auch der Eingriff bei der 36-Jährigen erfolgte durch einen kleinen Schnitt zwischen den linken Rippen. Alles verläuft gut. Sechs Tage später war sie wieder zu Hause, konnte ein paar Monate später bereits wieder zum Wandern in die Berge. Ich habe nicht nur eine Frau kennengelernt, die bewundernswert frei darüber redet, dass sie dank moderner Medizin noch lebt. Ich habe auch viel über medizinischen Fortschritt und die Leistungsfähigkeit unserer Kliniken erfahren. Genau das macht meinen Job aus.



BERND WIENTJES

Produktion dieser Seite:
Alexander Schumitz

Menschenschutz für die Todesbrücke

Journalisten haben den Job, auf Missstände hinzuweisen. Aber was, wenn die verantwortliche Behörde sich weigert, Auskünfte zu geben, weil sie behauptet, dass die Berichterstattung Menschenleben kosten könnte? In diesem Text geht es um Suizide. Falls Sie selbst unter Depressionen leiden oder gerade keinen Ausweg sehen: Bitte suchen Sie sich professionelle Hilfe!

Bereits 2020 häuften sich Hinweise darauf, dass sich eine hohe Brücke in der Region zu einem Suizid-Hotspot entwickelt. Den Namen der Brücke nennen wir bewusst nicht, um sie nicht noch stärker zu einem symbolischen Ort für Todesspringer werden zu lassen. Schon damals und danach wiederholt haben wir den Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz (LBM) gefragt, warum die Brücke so gebaut wurde, dass es möglich ist, über das Gelände zu klettern. Warum gibt man Millionen Euro für Wildzäune aus und verschwendet keinen Gedanken daran, das Leben von Menschen zu schützen? Das Leben derer auf der Brücke. Und derer darunter.

Frauen, Männer und Kinder in einem Dorf, das im Schatten der Brücke liegt, sind traumatisiert. Weil sie zerschmetterte Leichen in ihren Gärten fanden. Weil Körper neben ihnen auf der Straße einschlugen. Oder weil sie um das Leben ihrer Kinder fürchten, jedes Mal, wenn sie an den hohen Pfeilern vorbeifahren müssen. 2020 hatte die Behörde sich mit Verweis auf den Pressekodex geweigert, unsere Fragen zu beantworten. Der Pressekodex ruft dazu auf, zurückhaltend über Suizide zu berichten und vor allem keine Namen zu nennen, keine Fotos zu veröffentlichen oder keine Details zu schildern. Gegen Berichte über (fehlende) Suizidprävention spricht hingegen nichts. Dennoch hatten wir damals aus Sorge vor Nachahmern von einer Berichterstattung abgesehen.

Im Laufe der Zeit wurde das Problem so gravierend, dass wir es – wenn auch unter Verschleierung des Ortes – nicht länger ignorieren wollten. Erst nach Androhung rechtlicher Schritte beantwortete der LBM unsere Fragen. Die Antworten waren für die Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner ein Schlag ins Gesicht. Die Behörde verwies darauf, dass man regelkonform gebaut habe, ja, dass das Gelände sogar recht hoch sei.

Eine Bürgerinitiative forderte,

die Brücke zu sichern. 2024 gab es ein erstes Gespräch, bei dem die Behörde eine mögliche Lösung präsentierte: Einen Zaun, dessen Schlaufen sich zuziehen, sobald jemand versucht, ihn zu erklimmen. Ein Hindernis, das Leben retten würde: Studien zeigen, dass einfache Maßnahmen wie Zäune oder Fangnetze ausreichen, um vom Springen abzuhalten. Sie zeigen, dass ein Großteil der Menschen sich danach nicht woanders das Leben nimmt. Wenn man sie an diesem Ort hindert, ihren Plan umzusetzen, dann fahren die meisten über zehn andere Brücken zurück nach Hause und bringen sich nicht um.

Im Januar 2025 berichteten wir erstmals über die Todesbrücke und die Untätigkeit des Staates. Vorab hatte ich mich eingesehen und mit Expertinnen und Experten für Suizidprävention darüber gesprochen, worauf man achten muss, damit es nicht zum gefürchteten „Werther-Effekt“ kommt – also zu Suiziden infolge der Berichterstattung. Im Mai 2025 gab es dann eine gute Nachricht: Der Staat ist bereit, etwas zu unternehmen. Mit dem Bundesverkehrsministerium habe man beschlossen, auf der gesamten Länge der Brücke einen Übersteigenschutz zu montieren, teilte die Landesbehörde damals mit. Das heißt: Die Pfosten werden von 1,80 auf drei Meter verlängert. Dazwischen spannt sich ein rautenförmiges Netz. Die Menschen im Ort erfuhren davon aus unserer Zeitung und waren erleichtert. Sie hoffen, dass der Zaun bald gebaut wird. Dass dies Menschenleben rettet. Und es sich im Schatten der Brücke leichter lebt.

Das hoffe ich auch. Erleichtert hat mich, dass es nach Auskunft der Bürgerinitiative zwischen dem ersten und dem zweiten Bericht keine Vorfälle gab. Seitdem höre ich alle paar Monate nach. Vor einigen Monaten hieß es, dass die Bauarbeiten im Sommer 2026 starten sollen. Aktuell nennt die Behörde kein Datum, weil zunächst der Lack des Stahlüberbaus ausgetauscht werden müsse. Wir bleiben dran.



KATHARINA DE MOS

Eine Nacht, die niemand vergisst

Im Juli 2021 erlebte Rheinland-Pfalz die größte Naturkatastrophe in der Geschichte des Landes. Gleich mehrere Regionen kämpften in der Nacht vom 14. auf den 15. Juli gegen Starkregen und Sturzfluten. Zahlreiche Gebäude, Straßen und Zugstrecken wurden zerstört. Am schlimmsten betroffen war das Ahrtal. Dort starben bei der Flut 135 Menschen.

Was lief schief in der Flutnacht? Wurde zu spät gewarnt? Hätten mehr Menschen gerettet werden können? Diese Fragen hat auch der Trierische Volksfreund mit zahlreichen Artikeln und Recherchen versucht zu beantworten. Es dauerte Monate, bis sich das Puzzle einigermaßen zusammensetzen ließ. Die Erkenntnis am Ende: Die Flut war eine außergewöhnliche Naturkatastrophe, aber Politik und Behörden haben in jener Nacht versagt.

Die politische Aufarbeitung dauerte Jahre. Zahlen aus dem dafür einberufenen Untersuchungsausschuss verdeutlichen die Dimension: 47 Sitzungen, 226 Zeugen in rund 250 Stunden. Die meisten habe ich live im Mainzer Landtag verfolgt. An einige Zeugenvernehmungen erinnere ich mich bis heute detailgenau. Sie waren fast unerträglich.

Feuerwehrlaute sprachen von einem Krieg, den sie nicht gewinnen konnten. Am Oberlauf der Ahr, wo die Flut begann, versuchten sie, Menschen von und aus ihren Wohnwagen auf einem Campingplatz zu retten. Hubschrauber mit Seilwinde gab es in Rheinland-Pfalz nicht. Die anwesende Johanniter-Luftrettung improvisierte. Sie räumte den Hubschrauber aus und zog Menschen mit Feuerhurgurten durch das Wasser ans Ufer. Einigen Menschen hat sie so das Leben gerettet. Andere auf dem Campingplatz starben – auch eine junge Feuerwehrfrau.

All das geschilderte Leid in diesen Sitzungen, jener Mut der Retter, alles zu riskieren, waren mein Antrieb herauszufinden: Welchen Anteil hatte politisches und behördliches Versagen an der Katastrophe? Es war Nachmittags, als der Campingplatz am Oberlauf der Ahr unterging. Noch spät in der Nacht starben Menschen viele Kilometer flussabwärts in Sinzig. Das passte nicht zusammen.

Die Landesregierung mauerte über Monate – schützte sich und ihre Minister. Dabei schrieb eine Behördenleiterin in einer internen Mail bereits um 18.44 Uhr: „Hier

bahnt sich eine Katastrophe an.“ Doch die Nachricht versickerte in der Ministerialbürokratie. Es habe kein belastbares Lagebild gegeben, behauptete die Landesregierung. Man habe den Eindruck gehabt, der örtlich zuständige Katastrophenschutz funktioniere. Selbst eingestürzte Häuser versetzten zunächst niemanden in Alarmzustand.

Die Verantwortlichen hielten bei der Aufarbeitung an ihrem Narrativ fest, nichts gewusst zu haben. Stück für Stück fiel die Erzählung dann in sich zusammen. Auch weil Medien wie der Trierische Volksfreund akribisch recherchiert und rekonstruiert haben, was wirklich passiert ist – und dies öffentlich machten.

Der hervorragenden Arbeit des Untersuchungsausschusses war es zu verdanken, dass kurz vor Ende der Aufarbeitung ein entscheidendes Puzzle-Teil ans Licht kam: In der Flutnacht hatte das Innenministerium selbst einen Hubschrauber zur Erkundung rausgeschickt, der die katastrophale Lage im Ahrtal dokumentierte. Videoaufnahmen aus dem Hubschrauber und ein Lagebericht der Crew waren zuvor nicht in den Akten aufgetaucht. Es stand der Verdacht der Vertuschung im Raum. Als der Druck zu groß wurde, musste Innenminister Roger Lewentz (SPD) zurücktreten. Er übernahm politische Verantwortung, für die in seinem Bereich gemachten Fehler. Wenige Monate zuvor war bereits Anne Spiegel (Grüne) ebenfalls wegen der Flut-Aufarbeitung zurückgetreten.

Wertvoller als die politischen Konsequenzen ist, dass sich seither einiges im Katastrophenschutz verbessert hat. Für die Berichterstattung über die Aufarbeitung der Flut erhielten drei Korrespondenten-Kollegen und ich den Wächterpreis der deutschen Tagespresse. Unser Quartett habe in mehr als 100 Beiträgen „behördliches und politisches Versagen aufgedeckt, für Klarheit gesorgt, wo andere sich aus der Verantwortung stehlen wollten, und mit ihrer Arbeit ein politisches Beben ausgelöst“, hieß es in der Begründung der Jury.



SEBASTIAN STEIN